

Mediafcher Ze

für jächſch-deutſche Volkspol.

Erfcheint Mittwoch und Sonnabend

Baron Runkenthal'sches
Museum
Hermannstadt - Libin

Bezugspreise: Für Weichſch: bei Abſchluß des Monats jähr-
lich K 48.— (monatlich K 4.—). Bei Anſtellung ins Land
und Verſetzung ins Land jährlich K 100.— (monatlich
K 8.—). Verſetzung im Ausland jährlich K 120.—
(monatlich K 10.—).
Eingangsnummer 70 Heller.

Verantwortlicher Schriftleiter: Erich Waldemar Wagner.
Druck und Verlag v. H. Krichberg, Weichſch.
Schriftleitung und Verwaltung: Weichſch, Ruckſchlag 28.
Telefon Nr. 33. Verlagsanſtalt Nr. 35.580.

Wagenpreis: 1. Klasse: 1.00, 2. Klasse: 0.80, 3. Klasse: 0.60.
Über drei Viertel-Preise K 2.—; über ein Viertel-Preis K 1.—.
Bei Abſchließungen über 5 mal entſprechender Anzahl, Be-
ſprechungen im redaktionsſeitigen Teil 2. Klasse pro Seite K 1.40

Nr. 83.

Mittwoch, 10. Dezember 1919.

27. Jahrgang.

Gehaltsfragen.

Dr. Hans Hedrich.

Die große Teuerung — hervorgerufen durch die rauh fortſchreitende Geldentwertung, den Mangel an Waren zur Beſtreitung der Bedürfnisse für das tägliche Leben und die verminderte Produktion in allen wiſchaftlichen Zweigen — hat eine radikale, den heutigen Verhältniſſen ſich anpaſſende Gehaltsregelung unſerer Stadt-, Schul- und Kirchenangeſtellten zu einer dringenden, unumgänglichen Exiſtenzfrage für die Angeſtellten, in ihren weiteren Auswirkungen aber zu einer Lebensfrage unſeres ganzen politiſchen Gemeinweſens und ſpeziell der jächſchen Bevölkerung gemacht. Im Gegenſatz zu der Wichtigkeit und Dringlichkeit dieſer Frage ſteht die merkwürdig apathiſche Haltung der Angeſtellten einerſeits, die ſcheinbar alle Hoffnungen auf eine Erhöhung ihres heutigen Einkommens aufgegeben haben und unter dem Zwang der Verhältniſſe allen möglichen Nebenerwerben nachgehen, anderſeits die gleichgültige, verſtändniſsloſe, oft auch feindſelige oder gar häßliche Haltung eines großen Teiles der Bevölkerung in dieſer Frage.

Da iſt es wohl die höchſte Zeit dieſe Angelegenheit aus der Atmoſphäre angeregter, aber fruchtloſer Bietſchunterhaltungen, Apatie und Gleichgültigkeit herauszureißen und zu verſuchen einen Lösungsmodus zu finden.

Zuvor müſſen wir aber über zwei Tatſachen in's Klare kommen, über welche noch vielfach irrige Meinungen verbreitet ſind. Die eine, daß unſer Nationalvermögen durch die mittelbaren und unmittelbaren Folgen des Weltkrieges um vieles kleiner geworden, unſere absolute materielle Leiſtungsfähigkeit gegen früher alſo ſehr geſunken iſt, und die zweite, daß die Verteilung des Nationalvermögens auf die einzelnen Bevölkerungsglieder und Berufsclaſſen ſich von Grund aus verändert hat. Um unſere kulturelle und nationale Miſſion auch weiterhin aufrechtzuerhalten zu können — und ich glaube über die unbedingte Notwendigkeit dieſer aus nationalen und wiſchaftlichen Gründen werden wohl wenige im Zweifel ſein — müſſen in der Zukunft von beiden Seiten Angeſtellten und Steuerträger bedeutend größere Opfer wie bisher gebracht werden, der Verteilungſchlüſſel dieſer Opfer aber muß — den weitver-

geſchrittenen Erkenntniſſen auf dem Gebiete ſozialer Geſetzgebung angepaßt — von Grund aus umgeſtaltet werden. Dasſelbe Problem, wie es unſer Vaterland im Großen bewegt, harret ſeiner Lösung auch bei uns im Kleinen. Und je eher wir uns durch die klare Erkenntnis dieſer Tatſachen, welche ein Allgemeinut werden muß, auch zu den notwendigen Schlußfolgerungen aus demſelben, zu ihrer Übertragung in's Praktiſche aufrufen können, deſto früher werden unſere Verhältniſſe allen anderen voran im Staate ſich ſonſolidieren und deſto erfolgreicher werden wir die bevorſtehenden Kämpfe um unſere wiſchaftlichen und nationalen Interſſen beſtehen können.

Die erhöhten Opfer müſſen, wie geſagt, von beiden Teilen gebracht werden, Angeſtellten und Steuerträger. Von den Angeſtellten durch vermehrte Arbeits-, von den Steuerträgern durch vermehrte Geldleiſtungen. Ich weiß nicht, warum in den öffentlichen und privaten Erörterungen über dieſe Frage gerade auf die Möglichkeit der erhöhten Arbeitsleiſtung der Angeſtellten und die dadurch zu erzielende bedeutende Eiſparnis ſo wenig Gewicht gelegt wird. Sei es weil man eine gewiſſe Schon hat an die Empfindlichkeit der Angeſtellten in einem Punkte zu rühren, wo die ſpeziellen Sonderinterſſen dieſer ſo unmittelbar getroffen werden, ſei es, weil noch immer viele in dem Glauben befangen ſind, daß unſere heutigen wiſchaftlichen Zuſtände nur als vorübergehend zu betrachten ſind, und es deſhalb nicht notwendig ſein wird, eine radikale Umänderung an der Organisation unſeres ſtädtiſchen, nationalen und kulturellen Gemeinweſens vorzunehmen. Beide Einwände ſind hinſänglich. Die Gefahr, daß zumal in unſeren kleinen Verhältniſſen auch rein ſachlichen Argumenten leicht eine perſönliche Spitze unterſtellt wird, iſt unüberſichtlich und dieſe Angelegenheit iſt viel zu wichtig für uns Alle, als daß Nichtſichten dieſer Art genommen werden könnten. Anderſeits muß man bei einer unbefangenen Betrachtung der Urſachen unſerer heutigen wiſchaftlichen Zuſtände, den Erfahrungen, die man bisher in dieſer Beziehung machen konnte, leider den Schluß ziehen, daß es noch lange dauern wird, bis unſere wiſchaftliche Leiſtungsfähigkeit ſich wieder auf alter Höhe befinden wird.

Wir müſſen alſo trachten, die Zahl unſerer Angeſtellten zu vermindern und

zwar automatisch durch Nichtbeſetzung freigewordener Stellen, oder durch Verwendung auf anderen Poſten, nicht plötzlich, denn ſchon erworbene Rechte können und ſollen nicht angeſtrichen werden, den Abgang dieſer Arbeitskräfte aber durch eine beſſere Ausnützung der zurüdgebliebenen wettmachen. Ich glaube, daß dieſes möglich ſein wird, ohne daß unſere politiſche und kulturelle Organisation eine ernſthafte Schädigung erleiden wird. Wenn beim Magiſtrat z. B. eine längere Zeit des Jahres hindurch nur vormittags gearbeitet wird, in einer Zeit, wo der urſprüngliche Beamtenſtatus durch Tod und andere Zufälle ſtark vermindert iſt, und dieſe Arbeit von den Beamten in dieſer kurzen Zeit anſcheinend bequem erledigt werden kann, ſo kann man doch ſchwerlich von einer vollen Inanspruchnahme der Arbeitskraft dieſer Beamten ſprechen. Dieſen Luxus — denn ein ſolcher iſt es unter den heutigen Verhältniſſen — können wir uns aber nicht mehr leiſten. Ähnliche Beobachtungen kann man auch bei unſeren Schul- und Kirchenangeſtellten machen. Auch hier ſehen wir einen großen Teil des Arbeitstages mit allen möglichen Nebenbeſchäftigungen ausgefüllt, welche wohl zum Teil unter dem bitteren Zwang der Verhältniſſe, der Sorgen um das tägliche Brot entſtanden ſind, doch immerhin den Schlaf geſtatten, daß auch dieſen Angeſtellten eine bedeutende Mehrzeit für ihren eigentlichen Beruf zur freien Verfügung ſteht. Dieſelbe Erſcheinung vielleicht in noch kräftiger Form bei unſeren Bankbeamten.

Zu allen dieſen Reklamen könnte eine Reduktion der Arbeitskräfte in der Höhe von 20—40% vorgenommen werden, und ich bin überzeugt, daß dieſelbe Arbeit auch durch den verminderten Stand bei geſteigert — nicht übermäßig geſteigert — Arbeitsleiſtung verrichtet werden kann. Inſofern, wenn gleichzeitig auch einige unnötige, zum alten Topf gehörende Einrichtungen ausgeſchaltet und Vereinfachungen im verwaltungstechniſchen Apparat vorgenommen werden.

Um dieſe Reform aber auch wirklich durchzuführen zu können, muß man jedoch zugleich den gewichtigen Einwand gegen dieſe aus der Welt ſchaffen. Der Angeſtellte muß ein den heutigen Verhältniſſen und ihrer ſozialen Stellung entſprechendes Einkommen geſichert werden. Solange ſich der Gehalt innerhalb der heutigen niedrigen Grenzen bewegt, und dadurch die zwingende

Ursache zu diesen Nebenverwerben vorliegt, darf man billiger- und klugerweise nicht das Unmögliche verlangen. Den Angehörigen muß auch die materielle Möglichkeit geboten werden, nur ihrem Berufe leben zu können. Dann können wir wieder arbeitsförmige Beamte und Lehrer haben, und manche bedeutliche Erfindungen, die auch bei uns schon ausstehen, und einen Bruch mit der früheren Auffassung von Berufspflicht und Marklosigkeit bedeuten, werden von selbst wieder verschwinden.

Die Bevölkerung wieder — und es wäre gut wenn diese Tatsache von jedem in ihrer Bedeutung richtig erfaßt wird — würde sich in ihrer größeren Opferwilligkeit reichlich durch den Gegenwert belohnt finden, der sich in Ziffern wohl nicht ausdrücken läßt, den eine tatlos funktionierende Verwaltung, eine nicht durch Sonderinteressen getriebene, unabhängige Führung von Kirche und Schule jedem einzelnen von uns bietet.

Denn um diese Reform durchführen zu können, müssen weitere beträchtliche Opfer auch von der Bevölkerung gebracht werden, und die Gespanntheit, die durch die Herabsetzung der dotierten Stellen gemacht werden, genügen bei weitem nicht. Und ich fürchte beinahe, daß hier die größeren Schwierigkeiten entstehen werden. Alle schönen Neben und noch so überzeugende Argumente werden nichts nützen angesichts der menschlichen — allgemeinmenschlichen Zurückhaltung und Schwerfälligkeit in Fragen, wo es sich um die freiwillige Dämpfung des Geldbeutels handelt. Die Erfahrungen, die wir bisher mit derartigen Versuchen gemacht haben, und welche in ihrer äußeren Form oft für die Angehörigen etwas erniedrigendes und demütigendes an sich hatten, können einen in dieser Beziehung nicht optimistisch stimmen. Es müssen eben Mittel und Wege gesucht werden, um durch Zwang die Reformforderungen einzutreiben. Die Bevölkerung muß sich dessen bewußt werden, daß sie durch die Leistung der größeren Abgaben nicht eine Gnade aussteht, sondern eine Pflicht erfüllt, und daß hier nicht von einer Bettelei sondern von einem guten Recht der politischen bzw. kirchlichen verfassungsrechtlichen Gemeindevertretung.

Wird sich eine Majorität finden, welche das nötige Verständnis für die Wichtigkeit dieser Frage besitzt und erkennt, daß die erhöhten Abgaben nur ein scheinbares Opfer bedeuten, welches hundertfältige Zinsen einbringen wird?

Ich bin der bescheidenen Meinung, daß sie sich finden wird. Aber nur unter der einen Bedingung: Wenn unser veraltetes Steuerungssystem, der vielfach veränderten sozialen Struktur unserer heutigen Städtebevölkerung und einem neuen sozialen Geiste angepaßt, von Grund aus umgeändert wird, wenn der Gedanke sich Bahn bricht, daß derjenige, der ein großes Vermögen oder ein großes Einkommen besitzt, einen unverhältnismäßig größeren Betrag für die Allgemeinheit zu entrichten hat wie Kinderdemittelte, wenn die Erkenntnis dessen durchdringt, daß der früher Reiche und Wohlhabende vielfach der Arme von heute geworden ist, und umgekehrt, und daß

nun neue Männer in die entstehenden Lücken einzutreten haben, und daß derjenige, der unter Ausnutzung der ungeheuren Konjunkturen des Weltkrieges und der ihm gefolgten unkonolidierten Verhältnisse oft auch noch ohne jede produktive Arbeitsleistung zu einem großen Vermögen und großem Einkommen gelangt ist, sich auch bereit halten muß, einen großen Teil dieses Vermögens oder Einkommens wieder an die Allgemeinheit zurückzurufen.

Es sind so nicht neue Ideen, die hier verbreitet werden. An der Lösung dieses Problems in den obigen Grundrichtungen wird in allen Staaten auch in unserem Vaterlande fieberhaft gearbeitet. Es wird hier im Kleinen gar nichts anderes verlangt, als was im Großen heute oder morgen kommen wird und kommen muß, und ich sehe nicht ein, warum wir nicht innerhalb des kleinen Rahmens von Stadt, Kirche und Schule diese Reformen schon jetzt wenigstens soweit durchführen sollen, um unser Gemeinwesen, welches schon bedenklich in seinen Grundfesten wankt, wieder auf eine gesicherte Grundlage stellen zu können.

Die Zeitgedanken, welche ich kurz ausgeführt habe, bieten meiner Meinung nach die einzigen Unterlagen zu einer Reform auf gerechter Grundlage. Um ihr zum Siege zu verhelfen, wären aber die notwendigen seelischen Unterlagen und Voraussetzungen hierfür ein beiderseitiges Entgegenkommen von Angestellten und Bevölkerung, ein gegenseitiges besseres Verständnis für die oft verschiedenen Lebensbedingungen und Interessen, ein klares Erkennen der gewaltigen sozialen Umwälzungen, die der Krieg mit sich gebracht hat, und schließlich die Ueberzeugung jedes Einzelnen von uns, daß es sich hier im letzten Grade nicht um die abgesonderten Interessen einer bestimmten Bevölkerungsschicht handelt, sondern daß von der glücklichen und gerechten Lösung dieser Frage das Wohl und Wehe jedes einzelnen Mitgliedes unserer politischen, insbesondere aber nationalsozialistischen Gemeinschaft abhängt.

Politische Augenblicksbilder.

VII.

Rumänien ist in den letzten Tagen durch eine schwere innere Krise hindurchgegangen, die jetzt heute noch nicht ganz überwunden erscheint. Am 20. November ist in Bukarest die Konstituante zusammengetreten. Bevor sie über die ersten Förmlichkeiten der Konstituierung und Prüfung der Wahlrechte hinübergekommen war, trat das Ministerium Bostoiann, das die Wahlen für dieses Parlament durchgeführt hatte, zurück. Der Hauptgrund für diesen Rücktritt lag wohl in der Tatsache, daß die Wahlen etwas anders ausgefallen waren, als das von der liberalen Partei Bostoiann geführte Ministerium Bostoiann erwartet hatte und daß infolgedessen das Kabinett in dem neugebildeten Parlament bei der Entscheidung in wichtigen außenpolitischen Fragen die notwendige Stütze nicht fand. Es handelte sich um die Unterzeichnung des österreichischen Friedensvertrages mit Rumänien. Wochenlang fand ein diplomatischer Notenwechsel zwischen der Friedenskonferenz und Rumänien statt, das sich wegen des § 5 jenes Friedensvertrages (Schutz der Windenheiten unter zwischenstaatlicher Aufsicht) zu unterzeichnen geweigert hatte. Ein Ultimatum an Rumänien, das am 3. Dezember abfiel, sollte die Unterzeichnung erzwingen. In diesem Augenblick trat das Generalministerium zurück. Das Parlament war noch nicht

lungsfähig und so geriet das Land in eine gefährliche Krise. Wer wollte die Verantwortung für die Unterzeichnung übernehmen? Wer sollte das neue Kabinett bilden? Alle Blicke wandten sich auf die hervorragenden Gestalten des politischen Lebens: Maniu, Zorga, Bajda-Voivod, Vlad, Tosea-Jonescu traten in den Vordergrund. Am 3. Dezember betrat der König auf Empfehlung Manius Alexander Bajda-Voivod mit der Kabinettsbildung. Bevor noch das Ministerium zusammengebracht war, teilte der neue Ministerpräsident den Bevollmächtigten der Entente mit, daß er bereit sei, den Friedensvertrag mit Österreich zu unterzeichnen. Der Kabinettschef fügte sich dabei auf den sog. „Mod“ des Parlaments, der von der rumänischen Nationalpartei, der Bauernpartei, den Nationalsozialisten (Zorga) und der deutschen Volkspartei gebildet wird und die unbedingte Mehrheit im Parlament darstellt. Allerdings sind gerade bezüglich der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Meinungen im „Mod“ geteilt, aber die Mehrheit scheint doch der Ansicht zugunsten, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages wie die Dinge nun einmal liegen, eine Notwendigkeit für Rumänien ist. So besteht denn begründete Hoffnung, daß das Land aus der schweren Krise dieser Tage rasch und glücklich herauskommen wird.

In Ungarn beginnen sich die innern Verhältnisse zu klären, nachdem es gelungen ist, eine nationale Armee zusammenzubringen, die unter dem Befehl des Admirals Horthy steht und vor kurzem in Budapest eingezogen ist. Dabei hat Horthy außerordentlich ideale Worte an die Budapestiner Bevölkerung gerichtet, die er für die zukünftige Katastrophe der Hungersnot verantwortlich macht. Er kündigt strenge Mangelgesetze und schärfste Handhabung der gesetzlichen Mittel zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung an. Ob die Armee Horthys fähig sein wird, dem Lande den inneren Frieden zu verhüten, entzweit sich unter Beurteilung und muß der Zukunft überlassen bleiben. Hand in Hand mit dieser Armee arbeitet jedenfalls das neue Ministerium, das sich unter dem Vortiz Karl Fugars gebildet hat, und den bürgerlichen Parteien ein einigermaßen Uebereinstimmen sichert. — Die letzten Meldungen besagen, daß Ungarn zur Unterzeichnung des Friedens nach Paris eingeladen worden sei und Graf Albert Apponyi diese Abordnung führen solle. Wenn diese Meldungen sich bestätigen, so darf daraus der Schluß gezogen werden, daß die Entente im Ministerium Fugars genügend Bürschaft für die Absicherung eines Friedens sieht. Was kann also auf die Ereignisse der nächsten Wochen gespannt sein, vor allem auch weil durch die Bekanntgabe des ungarischen Friedens auch die Frage der Grenzbestimmung Rumäniens eine Lösung finden dürfte.

Von unseren Kriegsgefangenen in Rußland.

Von befreundeter Seite wird uns ein Brief zur Verfügung gestellt, den ein in russischer Kriegsgefangenschaft befindlicher Landsmann an einen Freund in Amerika gerichtet hat. Obwohl manche Teile des Briefes bereits durch die Mitteilungen übertroffen sind, die uns kürzlich von der Personalführer Allgemeinen Starfaja über die Forderung der Mittel für die Heimreise an unsere Kriegsgefangenen zugegangen war, wollen wir doch auch diesen Brief seines ergreifenden Inhalts wegen zur Kenntnis unserer Leser bringen. Der Brief lautet:

„Moskoff Uffisoff, am 16. Juli 1919.

Lieber Freund und Landsmann!

In der Hoffnung, daß dich mein Schreiben samt deiner werten Frau und Kindern in bester Gesundheit antreffen möge, teile ich dir mit, daß ich auch bis jetzt noch am Leben und gesund bin, ebenso unser Landsmann Mies, nachdem der arme sehr viel gelitten hat, da ihm der linke Fuß eine Spanne unterhalb des Knies wegen Knochentuberkulose amputiert werden mußte, ihm nach langem juchsbaren Kiege, sowie jetzt geheilt ist, daß er wenigstens keine Schmerzen mehr hat. Euer Schwager Hollner ist auch hier und gut gesund!

Ihr werdet euch bestimmt wundern, liebe Freunde, daß wir noch immer in Gefangenschaft sind? Ja, leider sind wir noch hier und wissen

Daße und den Mehrheitssozialisten überhaupt kein wirklicher Trennungsgrund bestehe. Die Hoffnung auf die Weltrevolution ist phantastisch. Gegenüber der Gefahr des Untergangs, die mehr von links als von rechts drohe, muß sich das Proletariat zusammenschließen. Scheitern ertönt sich dann in Erinnerung an die Tage des 9. November 1918, wo die Mitglieder der Revolutionsregierung ständig in Todesgefahr im Gebäude lagen. Zu einer Verarmung der Unabhängigen führte der bekannte unabhängige radikale Abgeordnete Verboun: eine Theaterreise auf. Er ließ die Gefangenen schwören, daß sie der Weltrevolution in Deutschland und überall zum Siege verhelfen wolle. Auf sein Kommando erhoben sich die Verarmung der von den Zigen und sprach ihm die Worte nach: Ach gelobe! Mehrere Demonstrationen nach Schluß der Verarmung in den Weiten und Norden Berlins, ebenso Demonstrationen in Rostock wurden von der Sicherheitswache aufgelöst. Der Führer eines Demonstrationzuges wurde verhaftet. Sonst hätte die Polizei keinen Anlaß, anzuordnen. Die Kommunisten feierten den 9. November dadurch, daß sie mehrere Denkmäler und öffentliche Gebäude besetzten. Besonders in der Siegesallee hat eine Gruppe nach Eintritt der Dunkelheit großen Unfug verübt. Eine ganze Reihe von Marmorfiguren trägt in roter Farbe die Aufschrift: Doch die Weltrevolution und nicht mit dem Kapitalismus! Die Denkmäler ist zum großen Teil ausgefallen, so daß nur große, verbleibende schmälere Reste zu sehen sind. Auch an einzelnen Stellen der inneren Stadt sind diese Aufschriften zu sehen. Es gab auch eine Demonstration gegen die Revolution vom 9. November. Im Radummitz legte eine Anzahl Soldaten einen Kranz mit schwarz-weiß-roter Schleife vor dem Denkmal Friedrichs des Großen nieder. Die Soldaten rüdten, wie sie gekommen waren, in geschloffenen Züge wieder ab, wobei sie nationale Lieder sangen.

Von den deutsch-sächsischen und schwedischen Gefangenen in Sibirien. Wie die „K. Z.“ berichtet, wurde der Kommande des baltischen sächsischen Kreisbataillons des Minister Radoschko gelegentlich seiner jüngsten Anwesenheit in Rostock auf und erhielt von ihm in der Angelegenheit der sächsischen Kriegsgefangenen in Sibirien a. a. folgende Auskünfte: Der Heimkehrer der rumänischen und sächsischen Gefangenen aus Sibirien wird bereits bis jetzt vor allem Frankreich, das es am liebsten gesehen hätte, wenn die Rumänen und Sachsen freiwillig in die Arme der Kolonialisten eingetreten wären, um gegen Lenin für die Wiedererrichtung des Kaiserreichs zu kämpfen. Wir Recht haben sich sowohl Rumänen wie Sachsen geweigert, diesem Rumänen zu willfahren, da es nicht im Interesse Rumäniens sein kann, seine Söldner für die Wiedererrichtung des Kaiserreichs herben zu lassen. Minister Radoschko hat diese Ansicht in Paris sehr vertreten und es schließlich durchgesetzt, daß die Gefangenen Sibirienbürgern und der übrigen angeschlossen Gebiete mit amerikanischer Hilfe zu Schiff heimbeischießt werden sollen. Eine rumänische Abordnung befindet sich bereits in Sibirien, um die Gefangenen auf die Schiffe beizubringen zu lassen. Die Gefandtschaft ist auch mit Geldmitteln zur Unterstützung der Hilfsbedürftigen versehen. Über Eruchen des Reichsausgleichsministers hat Minister Radoschko den Minister des Äußeren telegraphisch, dem französischen Außenminister Bidon und Feldmarschall Joch die telegraphische Mitteilung an den in Sibirien befindlichen General Janga zu erwirken, daß mit den Gefangenen rumänischer Nationalität gleichzeitig auch die Sachsen und Banaten Soldaten aus Sibirien heimzubekommen seien.

Abrufen von unseren Kriegsgefangenen in Sibirien. Das „Sachsenbürgisch-börsche Tageblatt“ schreibt: „Herrn Pfaff aus Cleveland, Ohio, datiert vom 28. Oktober 1919, der am 3. Dezember hier angekommen, erzählte mir unter anderem, daß der deutsche Sibirienbürgerschafts-Verein an die schon angekündigten Kriegsgefangenen und zwar an Hermann Biegler, Alfons Biegler, Fritz Jol. Biegler, Dr. Mein, Hans, Ernst, Weiser, Sonntag (in) in Russland gefangen, Schiffbauern und Dr. Helmut aus Wien, Paul aus Kroatien, in nächster Zeit Geld zur Heimreise schicken wird. „Schlichte“ geschickt es schon heute abends“, wie es im Brief heißt. — Dem Schreiben waren auch Originalbriefe von zweien

der oben erwähnten Gefangenen, datiert vom 20. September 1919, beigelegt, die an ihre Angehörigen übermittelt worden sind. In diesen Briefen ist übereinstimmend zu lesen, daß alle oben Genannten gesund sind, ferner, daß es den Gefangenen namentlich gestattet ist, in die Heimat zu fahren, wenn sie das nötige Geld besitzen. Bis jetzt ist jedoch die Absicht nur wenig auszuweitern möglich gewesen, denn hierzu wird ein Betrag von etwa 250 Dollar benötigt. Der Betrag soll in Original-Dollarnoten, und zwar möglichst in kleineren Noten übermittelt werden. Das Geld für Gefangene in Kasanowas ist zu senden an das „Amerikanische Konsulat in Kasanowas, Gouvernament Tansien, Sibirien, zur Übergabe an die sächsische Delegation für den Kriegsgefangenen X.“ — Zur Vermeidung von überflüssigen Ausgaben sei aber nochmals darauf hingewiesen, daß für oben genannte Gefangenen durch den Sibirienbürgerschafts-Verein in Cleveland, Ohio, Geld gesammelt und ihnen übermittelt worden ist.

Das Problem der Teuerung. In einem Artikel des „Argus“ erörtert Dr. August M. Roman das Problem der allgemeinen Teuerung. Er weist darauf hin, daß Frankreich durch Hebung der Schifffahrt auf das Doppelte und durch Befreiung des Vahitransports für die Billigkeit der Lebensmittel und das allgemeine Sinken der Preise vieles erreicht hat. In Rumänien findet er, daß ebenso wie in allen anderen Staaten in der moralischen Desorganisation wohl der Hauptgrund der allgemeinen Teuerung liegt. Die Transportmängel werden, abgesehen von den steigenden Transportmitteln, hauptsächlich dadurch erhöht, daß namentlich die Eisenbahnverwaltung nicht die geringste Garantie für das unerschütterliche Eintreffen der Waren übernimmt. Dabei sind die Kaufleute gezwungen, einen sehr hohen Prozentsatz im Vorhinein auf das Verlustkonto zu legen, um sich entsprechend schadlos halten zu können. Die Hauptschuld liegt eben an den Verkehrs-Oben- und Unterbeuten, namentlich aber am Personal. Solange in dieser Beziehung nicht in aller echnigsteht Weise eine radikale Änderung vorgenommen wird, ist wohl schließlich eine Erleichterung des Transportes und damit auch gleichzeitig eine Verbilligung aller Bedarfsstoffe möglich. Es ist entsetzlich zu beklagen, daß auch von rumänischer Seite offen dieser Standpunkt eingenommen wird und sich die Ansicht allmählich durchdringt, daß — wenigstens was Großrumänien betrifft — die Transportmängel einen Hauptteil der Schuld an der Teuerung ausmacht. Nur wenn diese Erkenntnis allgemein verbreitet wird, können wir hoffen, daß die Unhaltbarkeit dieser Zustände auf höhere Instanz eingeleitet und hier radikal Ordnung geschaffen wird. Wir fordern, daß in Kürze etwa mit Beginn des neuen Jahres neue Verordnungen auf den Staatsbahnen Geltung bekommen, die die Haftung für die übernommenen Güter und Waren, so wie es in jedem Rechtsstaat der Fall ist, gewährleisten.

Die deutsche Volkspartei in Großrumänien hat, wie die „Deutsche Tagespost“ meldet, beschlossen, in der Frage der Firmenänderung eine Eingabe an die Regierung zu richten und überdies im Interesse des Landes Schritte für die möglichst baldige Aufhebung des Belagerungszustandes und des Militärregimes zu unternehmen. Anlässlich der Thronrede wird die Partei im Parlament eine grundsätzliche Erklärung abgeben.

Die Gröndung der Mannenburger Universität. Wie die „T. A.“ datiert mitteilt, ist die feierliche Eröffnung der Mannenburger Universität bis zum 1. Februar 1920 verschoben worden, damit es auch den Vertretern der ausländischen Universitäten ermöglicht werde, sich an der Eröffnung der Universität zu beteiligen.

Der Deutsche Südtirol. Die Bundeskonferenz der sozialdemokratischen Partei von Nordtirol hat einen Aufruf an die Südtiroler Brüder gerichtet. Zu ihnen werden die Parteigenossen von Bozen, Meran, des Etsch- und Falsertales ersucht, lag, beizutreten, aber auch jenseitig und treu zu ihrem Volke und zu ihrer Klasse zu stehen, damit sie als aufrechte Männer die sicher kommende Wiedervereinigung der deutschen Südtiroler mit den gesamten deutschen Völkern feiern können.

Auszug aus der Verordnung Br. 21 und 25 (verbesserte).

Neben ausdrücklicher Aufzählung der kompetenten Behörden bringen wir an dieser Stelle den nachfolgenden Verordnungsauszug:

1 Als Hebertreter werden betrachtet:

a) Diejenigen, welche ohne die Absicht, in öffentlichen Lokalen, Bahnhöfen, Eisenbahnen, auf der Straße u., wahre oder erfundene Nachrichten oder Meinungen betreffs Kriegsoperationen, Situation und Dislokation der Truppen, militärische Vernehmungen oder Sachen betreffs der rumänischen Arme verbreiten, folpostieren oder beschütigen.

b) Die Hebertreter werden von den Militär-anwaltshöfen gerichtet und abgeurteilt, in der ersten und letzten Instanz mit Reiter bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe bis zu 2000 Lei.

Wenn eine der oben angeführten Hebertretungen zum Zwecke der Spionage oder des Verrates angelegt worden sind, werden sie im Sinne der bestehenden Kriegsgesetze abgeurteilt.

Lokalnachrichten.

An unsere sehr geschätzten Abnehmer. Wir bitten die noch rückständigen Bezugsträger für die „Mediascher Zeitung“ mit Rücksicht auf das ablaufende Jahr in der Verwaltung einzahlen zu wollen, damit die weitere Ausgabung bzw. Zustellung des Blattes keine Unterbrechung erleide.

Die Verwaltung der „Mediascher Zeitung“.

Vortrag. Samstag, am 13. Dezember 1. J. abends 8 Uhr hält Herr Gymnasial-Direktor Hermann Jekeli im Gewerbevereinslokal einen Vortrag über das Sachgen-Probleme. Hierzu ladet die Mitglieder des Gewerbevereins herzlich ein. Der Ausgub.

Beiznachbesprechung des Gewerbevereins. Immer näher kommt der Tag an dem wir geborn sind unsern lieben Kindern den Christbaum in der Kirche zu schmücken und — seit hätte ich gesagt anzuzünden — das wird nun wohl nicht gehen, denn wir haben ja keine Kerzen. Also Kerzen nicht, aber was dann? Kerzen? Kerzen? Trotz der vielen, reichen Spenden können wir sie nicht kaufen, weil sie so teuer sind und weil wir so viel für die armen, hilfbedürftigen Kinder gebraucht haben. In der Kirche, beim Christbaum, will aber jedes Kind etwas haben. Wir bitten nun diejenigen, welche dazu imstande sind, uns Kerzen oder Kerzen zu schicken, sei es aus eigenem oder indem sie etwas für die Kirche greifen und welche kaufen, von dem Gedanken befreit, wieviel seliger Geben als Nehmen ist. Und erst die glücklichen Kinder, das ist mehr als Paal. Wir bitten also diejenigen, welche in der glücklichen Lage sind dies zu können, die Kerzen bis Sonntag, den 20. Dezember zu Frau Gabriele Huber, Steingasse, zu schicken. Sammlung. In den nächsten Tagen werden Schüler unserer ev. Schulanstalten die evang. Häuser der Stadt zur Sammlung von Spenden für das landeskirchliche Ballhaus und die Kulturheilung der ev. Landeskirche besuchen. Welche Zwecke verdienen es, daß dafür gerne gegeben werde.

Der nächste Franchenabend ist am Freitag, 12. d. M. im deutschen Kasino.

Die v. l. Pensionisten und Witwen, die aus landeskirchlichen Mitteln eine Kriegsteilnahme erhalten, werden gebeten, umgehend die Zustimmung über das letzte Quartal d. J. bei dem unterschriebenen ev. Presbyterium einzubringen. Das ev. Presbyterium A. B.

Zur gefälligen Beachtung für die Steuerträger. Nachdem die Steuern in der letzten Zeit erhöht wurden und auch neue Abgaben, die landeskirchliche Umlage, zugewachsen sind, die alle noch besser getrigt werden müssen, ist es ratsam und dringend geboten, daß die Steuerträger zur Ordnung ihrer Schulden unbedingt noch heute in dem städtischen Steueramt mit den Steuerbüchern erscheinen.

Stimmen aus dem Publikum*

Einladung

zu der Sonntag, den 28. Dezember 1919 vor-
mittags 9 Uhr in dem Festsaal der Stefan Ludwig
Roth - Schule in Mediasch stattfindenden

Außerordentlichen
Hauptversammlung des
Mittelschulprofessorenvereins.

Verhandlungsgegenstand: Lehrplan des Gymna-
siums und der Realschule. Berichterstatter: Per-
mann Jekeli und Karl Albrich.

Termannstadt, 1. Dezember 1919.

Der geschäftsführende Ausschuss

Anmeldungen wegen Vorforgung von Lizenzen
sind möglichst bald, spätestens aber bis 20. De-
zember 1919.

*) Für die in diesem Teil erscheinenden Artikel über-
nimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

zender an Prof. Ernst Binder, Mediasch, Roth-
gasse, zu richten. Am Vorabend der Versammlung
findet im Deutschen Casino ein Begrüßungsabend
statt. Die nächsten Tagesnummern werden
erleicht, diese Einladung zu übernehmen.

Gv. Schallendverein

Zur Erinnerung an den lieben Kollegen und lieben
Freund Rudolf Schuller, Hauptlehrer an der Realschule,
welcher der Mediascher Lehrerrat dem Gv. Schall-
endverein 305 Kronen.

Bildungen.

Herrn Ludwig Rabini und Frau in Vertau spenden
zur Erinnerung an den lieben Bruder und Schwestern
Friedrich Roth für die Ferdinand Roth - Stiftung zu
Gunsten des Gv. Schallendvereins 100 Kronen.

Für die Gabe dankt herzlich

das Gv. Schallendvereins R. H.

Spenden

Herr Großgrundbesitzer Friedrich Gaspard spendet
für das Jahr Weihnachtsgeld 2000 Kronen, wofür dem
Herrn Gaspard hiermit der öffentliche Dank abgeleitet wird.
Mediasch, den 6. Dezember 1919.

Die Leitung des Gewerbeschulrats.

Ein schönes Weihnachtsgeschenk!

Schuster's
Kochbuch

ab nächster Woche zu haben.

Vormerkungen werden entgegengenommen
Buchhandl. G. A. Reissenberger, Mediasch

HONIG

zu verkaufen bei Joh.
Linder, Lehrer, Me-
diasch, Kastellplatz
(Schulhof) 8610 2-2

Ein STALL

für 15 Stück Viehvieh mit an-
geschlossener kleiner Wohnung
(1 Zimmer und 1 Küche) zu
verkaufen. Preis K 22000.-
Das Gebäude muss abgetragen
werden.

Näheres zu erfahren bei Baumeister
Lutz in Mediasch. 8620

Eine 2830

Nähmaschine

mit Rundschiff und versenk-
barem Oberteil zu verkaufen.
Gustav Pauluk, Kruggasse 4.

8624

Schönes

Weihnachtsgeschenk!

Große, schöne Filzblatt-
pflanze zu verkaufen.
Förstergasse Nr. 4.

!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Eine Geschäfts-
einrichtung

und Geschäftsführung für ländlichen
8624 Konsumverein zu 1-2
kaufen gesucht.

Kutänge an die Verwaltung d. M.
8622 lacht. Adresse:

Deutsches
Mädchen

wird zu einem 5-jährigen Kind ge-
sucht. Adresse:

Kincs Dávidné, Maros-
vásárhely, Kossuth-u. 33

Jahrl. 1272-1919.

Verleumdungs-Aufruf.

Ein Steuerhelfer findet
bei dem gefertigten Amte sofortige
Anstellung.

Bewerber haben unverzüglich
bei dem Amtsleiter vorzusprechen.

Mediasch, am 10. Dez. 1919.

Das städt. Steueramt.

Ein familienhaus

in der Steingasse
zu verkaufen,
Näheres in der An-
zeigenspalte

Dr. Hans Hedrich, Mediasch,
Marktplatz No. 19.

Die Mediascher Erbsen-
teiler ihren sehr geschätzten
Kunden mit, dass 8621 1-2
sämtliche Rasierstuben
am 1. Weihnachtstage und am
Neujahrstage geschlossen bleiben

8. 4808 919 21.03.

Kundmachung.

Es wird hiermit zur allgemeinen Kennt-
nis gebracht, daß alle diejenigen, welche An-
spruch auf Vergütung mit Armenholz er-
heben, sich am 15. und 16. Dezember l. J.
während den Amtsstunden beim städt. Ober-
notar zu melden haben.

Mediasch, am 10. Dezember 1919.

Der Stadtmagistrat.

Übernehme sämtliches Privatfleisch,
Fleisch, Speck und Wurst zum
Räuchern (warm und kalt)

Karl Theil, Steingasse Nr. 36

Nachtwächter

wird gesucht, kann auch
Kriegsinvalide sein, bei
Samuel Karres & Söhne
8625 Veresabril.

Zahl 646/919

Kundmachung.

Unterfertigt Ortsamt gibt
bekannt, dass die Gemeinde S.
Eibesdorf (Kom. Grosskoken) am
12. Dezember l. J. vorm. 8 Uhr
775 Pfosten Eichen — durch-
schnittlich 30—50 cm — im Wege
öffentlicher Feilbietung verkauft.
Ausrufspreis pro Pfosten 15 K.

S.-Eibesdorf, am 5. Dez. 1919.

Das Ortsamt.

Einladung

zu der

Donnerstag, den 18. Dezember 1919, nachmittags 2 Uhr, in der Aula der
Stefan Ludwig Roth-Schule in Mediasch
stattfindenden

ausserordentlichen Vollversammlung der
„Wirtschaftsverband A.-G. in Mediasch.“

Tagesordnung:

1. Erhöhung des Aktienkapitals und damit zusammenhängende Statutenänderung
2. Ergänzungswahlen in Verwaltungsrat und Aufsichtsrat.

8620 2-2

Mediasch, am 4. Dezember 1919.

Der Verwaltungsrat.

Aufruf

Zur

Zeichnung der durch die Spar- und Kreditbank, Aktiengesellschaft, in Mediasch zur Ausgabe gelangenden Aktien II. Auflage.



Die im Jahre 1893 gegründete Spar- und Kreditgenossenschaft, wandelte sich auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Vollversammlung in eine Aktiengesellschaft um und erhielt in der gründenden Vollversammlung den Namen

Spar- und Kreditbank, Aktiengesellschaft.

Sie gilt als Rechtsnachfolgerin der Spar- und Kreditgenossenschaft, deren sämtliche Rechte und Pflichten sie übernimmt. Im Sinne der handelsrechtlichen Bestimmungen bringen wir zur Kenntnis:

Dass die auf unbestimmte Dauer mit dem Sitz in Mediasch gegründete Spar- und Kreditbank, Aktiengesellschaft, bezweckt, durch den Betrieb von Sparkassen, Bank-, Industrie- und Handelsgeschäften, Gewerbe, Industrie, Handel und Landwirtschaft zu fördern und aus den erzielten Gewinnen nach Möglichkeit kulturelle und gemeinnützige Bestrebungen zu unterstützen.

Dass aus den umgewandelten Geschäftsanteilen der ehemaligen Genossenschaftsmitglieder entstehende Aktienkapital beträgt gegenwärtig

K 500.000.—

und besteht aus 5000 Stück auf Namen lautenden Aktien zum Nennwert von je K 100.—. Das Aktienkapital ist voll eingezahlt. Die Erwerber von Aktien der II. Auflage genießen ganz dieselben Rechte, wie die Besitzer der Aktien I. Auflage.

Durch die gründende Vollversammlung vom 9. November 1919 ist die Direktion ermächtigt worden, das Aktienkapital auf einmal oder stufenweise unter Anmelddung der neuen Auflagen beim zuständigen Gericht auf K 2.000.000.— zu erhöhen, indem die Direktion der Spar- und Kreditgenossenschaft mit der Geschäftsführung der Aktiengesellschaft betraut wurde.

Auf Grund dieser Vollmacht ladet die ergebens unterzeichnete Direktion zur Zeichnung der Aktien II. Auflage im Betrage von

K 1.500.000.—

ein.

Es gelangen 15000 Stück neue Aktien im Nennwert von je K 100.— zur Ausgabe.

Auf Wunsch der Zeichner können auch zusammengelegte Aktien zu zehn und fünfzig Stück bezogen werden.

Über die Annahme oder Nichtannahme der gezeichneten Aktien entscheidet die Direktion. Von der Nichtannahme werden die Zeichner ohne Begründung der Ablehnung schriftlich verständigt und der eingezahlte Betrag wird ihnen gegen Rückgabe des Zwischenscheines ausgefolgt.

Gelegentlich der Zeichnung, welche schriftlich mit Angabe des Namens, Berufes und Wohnortes eigenhändig oder durch einen Bevollmächtigten zu erfolgen hat, ist nach jeder Aktie zum Nennwert von K 100.—, ein Aufgeld von K 30.— zu entrichten. Weiters sind bei der Zeichnung 30% vom Nennwert jeder Aktie, das sind K 30.— sofort zu bezahlen. Gegen Zahlung dieser Beträge wird jedem Zeichner ein Zwischenschein ausgefolgt. Der Restbetrag des Aktienkapitals wird nach Bedarf eingefordert werden. Die Stempelgebühr über die erfolgten Zahlungen hat der Zeichner zu tragen.

Nach Einzahlung des vollen Betrages für die Aktien werden diese gegen Rückstellung der Zwischenscheine den Zeichnern ausgefolgt und treten dann die Zeichner in die vollen zahlungsmäßigen Rechte eines Aktionärs der Spar- und Kreditbank, Aktiengesellschaft.

Sämtliche auf die Aktien geleisteten Teilzahlungen werden vom Zahlungstage an mit 4% verzinst.

Von dem auf die Vollzahlung nächstfolgenden Jahreschlusse an, sind die neuen Aktien II. Auflage mit den alten Aktien I. Auflage am Geschäftsgewinne gleichbeteiligt.

Für jede verspätet geleistete Zahlung werden vom Verfalltage an 6% Verzugszinsen gerechnet.

Wenn ein Zeichner trotz schriftlicher Aufforderung die eingeforderten Teilbeträge innerhalb 30 Tagen nach Fälligkeit nicht einzahlt, verfallen die von ihm bereits gemachten Einzahlungen zu Gunsten des allgemeinen Reservefonds.

Als letzter Zeichnungstermin wird der

23. Dezember 1919

bestimmt.

Wir bemerken noch, dass das ganze rund K 800.000.— betragende Vermögen der Spar- und Kreditgenossenschaft in das Eigentum der Spar- und Kreditbank, Aktiengesellschaft, übergeht. Durch die Neuausgabe der Aktien II. Auflage wird sich das Gesamtvermögen auf K 2.750.000.— erhöhen.

Seit 25 Jahren hat die Spar- und Kreditgenossenschaft stets eine Dividende von 7—7½% ausbezahlt. Es erscheinen demnach den Zeichnern alle Vorteile einer sicheren und sich gut rentierenden Kapitalanlage geboten.

Mediasch, am 4. Dezember 1919.

Die Direktion

der

**Spar- und Kreditgenossenschaft als bevollmächtigter Geschäftsführer
der Spar- und Kreditbank, Aktiengesellschaft.**